Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugs-Preis: Vierteljährlich Mark, bei Zustellung durch die Boten „— Mark.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst. irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten od. d. Beförderungseinrichtungen) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigeblatt

Anzeigen-Preis: Die kleingespaltene Zeile oder deren Raum wird mit Pfg., auf der ersten Seite mit Pfg. berechnet.
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in der Geschäftsstelle erbeten.
Jeder Anspruch auf Nachlaß erlischt, wenn der Anzeigen-Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder wenn der Anzeigengeber in Konkurs geriet.

Fernsprech-Anschluß Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 29148. Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Nummer 56 Mittwoch, den 19. Mai 1920 19. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Geldbeihilfen zur Beschaffung von Kohlen.

Zur Beschaffung von Kohlen können Geldbeihilfen an solche minderbemittelte Haushaltungsvorstände bewilligt werden, welche ein Einkommen bis 2500 Mark, (11. Steuerklasse) haben. Bedingung für Bewilligung ist ferner, daß sie über wohnbare Räume — Stube, Kammer, Küche — verfügen sind. Untermieter und Schlafstelleninhaber gelten nicht als Minderbemittelte.

Meldungen sind im Gemeindeamt — Meldeamt — bis zum 25. ds. Mts. zu bewirken.

Ottendorf-Moritzdorf, am 15. Mai 1920.

Der Gemeindevorstand.

Fällige Steuern betr.

Die Einkommensteuer 3. Termin 1919 ist bis spätestens **25. ds. Mts.** an die Ortssteuereinnahme zu entrichten. Nach Fristablauf wird das gerichtliche Beitreibungsverfahren eingeleitet.

Ottendorf-Moritzdorf, am 18. Mai 1920.

Der Gemeindevorstand.

Neuestes vom Tage.

— Nach den in Paris eingetroffenen Erkundigungen über die Lage der deutschen Truppen im Ruhrrevier auf die Nachricht das Abkommen vom August vorigen Jahres festgelegte Frage zurückgeführt worden. Die Räumungsoperationen von französischen Truppen besetzten Mainzanes werden unverzüglich beginnen. Ein Stabsoffizier des Generals Degoutte hat sich bereits nach Kassel begeben, um mit den deutschen Stellen über die Räumung zu verhandeln.

Frankfurt am Main. Am Montag früh 2 Uhr wurde an den Plakatsäulen der Stadt eine Bekanntmachung des Gouverneurs angeschlagen, in der die Bevölkerung ersucht wird, beim Abmarsch der französischen Truppen Besonnenheit zu bewahren und ihrerseits zu verhindern, daß durch die Handlungen unverantwortlicher Elemente der Abzug der Truppen gestört wird. Der Rückmarsch der Franzosen aus dem Mainzau begann überall schon in den frühen Morgenstunden von 4 Uhr an. Die Truppen verließen nach einem bestimmten Plan ihre Quartiere und marschierten nicht durch die Stadt, sondern über die Peripherie-Straßen ab. Die Wachen wurden überall um 7 Uhr abgezogen.

— Die Besprechungen in Hythe zwischen Millerand und Lloyd George wurden noch nicht zu Ende geführt. Die angekündigte Antwort Millerands mußte verschoben werden. Die Erörterung der finanziellen Fragen nahm einen breiten Raum ein. Wenn auch die gesamte französische Presse glauben machen will, daß Frankreich mit allen Ansprüchen durchgedrungen sei, so beweist eben die Fortsetzung der Besprechung, daß zwischen Millerand und Lloyd George keine völlige Einigung erzielt worden ist. Ja zwei Punkte sind Frankreich aber bereits seinen Willen durch. Das Ultimatum von Spa wurde auf den 21. Juni verlängert und die Verabfolgung der deutschen Kriegsbestände von 100000 Mann muß bis zum 10. Juni vorgezogen sein. Gegen Einwendungen zu erheben, wird den deutschen Delegierten in Spa nicht gestattet sein. In der Frage der Entschädigung mußte Frankreich aber die Forderung Englands annehmen, daß Deutschland in Spa die genauen Ziffern erfährt, wie hoch sich seine Kriegsverpflichtungen belaufen. Wie der Berichterstatter des „New York Herald" aus Hythe meldet, wird Deutschland 20 Milliarden Goldmark innerhalb 30 Jahren zu bezahlen haben. Dieser Beschluß des französischen und englischen Ministerpräsidenten kann als endgültig angesehen werden. Meinungsverschiedenheiten bestehen zwischen ihnen noch in folgenden Punkten: Frankreich fordert, daß Deutschland die Zahlungen in den beiden ersten Jahren von 6 Milliarden Goldmark in seine Taschen fließen, um sie zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu verwenden. Dagegen steht Lloyd George auf dem Standpunkt, daß England und die Dominien einen Teil von diesen Summen erhalten müssen, weil namentlich Australien verpflichtet sei, den Witwen der 50000 in Frankreich gefallenen Soldaten Pensionen zahlen zu müssen, zu denen es aus eigenen Mitteln nicht imstande ist. Wichtiger als dieser Punkt ist die Erwägung, wie Deutschland in der Lage gesetzt werden soll, die jährlichen Zahlungen von drei Milliarden Goldmark zu leisten. Millerand wünscht, daß diese Beträge an Deutschland von England vorgestreckt werden, ein Vorschlag, der aber natürlich keine Aussicht auf Erfüllung hat. Mehr Aussicht auf Annahme hat ein Antrag, Deutschland zu gestatten, zwei internationale Anleihen im Betrage von 6 Milliarden Goldmark aufzunehmen, die von den Alliierten garantiert werden. Man hofft, daß diese Anleihen von den neutralen Staaten Europas, den Vereinigten Staaten und den südamerikanischen Republiken, die alle im Besitz eines großen Goldbestandes sind, gezeichnet werden. Ungelöst ist aber auch die Frage geblieben, wer die Garantie für die Rückzahlung dieser Anleihen durch das Deutsche Reich übernehmen soll.

— Der „Berl.-Lok.-Anz." weiß von der Absicht der Linksradikalen zu berichten, die eine Störung der Reichstagswahlen bezwecken. Wie das Blatt schreibt, ist unter den linksradikalen Parteigruppen eine Bewegung im Gange, um auf jeden Fall die Reichstagswahl am 6. Juni unmöglich zu machen. Sollte dieser Plan mißlingen, so wird für Mitte Juni in unmittelbarem Anschluß an die Wahlen ein bewaffneter Aufstand geplant, der dann zweifellos Abwehrmaßnahmen der Regierung und des Bürgertums auslösen und den Bürgerkrieg bedeuten würde. Dieser Plan ist nicht etwa blos Gerede, sondern es handelt sich vielmehr um eine weitverzweigte Organisation, die sich über die gesamten Industriezentren bis in die Provinzorte erstreckt. Hauptträger sind die syndikalistischen Organisationen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland, und die Kommunistische Arbeiterpartei. Der Spartakusbund selbst beteiligt sich an dieser Bewegung nicht, da er sich ja zum Parlamentarismus bekannt hat. Aber die Partei ist innerlich derart gespalten, daß sie nicht einmal sicher ist, ob ihre Anhänger sich an der Wahl beteiligen werden, oder bei der beabsichtigten Störung der Wahlen den Syndikalisten Hilfe leisten werden.

Oertliches und sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 18 Mai 1920.

— Die am gestrigen Montag abend stattgefundene Gemeinderatssitzung wurde von Herrn Gemeindevorstand Richter eröffnet mit der Mitteilung, daß die eingeführte zweimalige Postbestellung des Ortsteils Cunnersdorf durch die Oberpostdirektion zurückgezogen worden sei. Es wird beschlossen, ein Gesuch an die Oberpostdirektion zu richten, damit auch für den Ortsteil Cunnersdorf die zweimalige Bestellung beibehalten wird. Ueber die vom Verkehrsausschuß erzielte Verbesserung des Zugverkehrs erstattete Herr Lehrer Beger Bericht. Ueber die Verbesserungen verweisen wir auf die in Nr. 55 in unserer Zeitung befindliche Notiz. Die Sparkassenrechnung ist nach Durchprüfung für richtig befunden worden und erfolgt Richtigsprechung derselben. Der Bau einer Dampfkesselanlage der Firma August Walther & Söhne A.-G. findet bedingungslose Genehmigung. Ein Nebengebäude-Anbau des Herrn Ernst Ringel, Radeburgerstraße, fand ebenfalls bedingungslose Genehmigung. Kenntnis wird genommen vom Bau eines Lagerschuppens der Malta-Gesellschaft Meißingen am Cunnersdorfer Bahnhof. Ueber die Benennung des Bahnhofs Cunnersdorf teilt der Vorsitzende mit, daß die Benennung Ottendorf-Okrilla-Süd die beste Lösung darstelle. Der Gemeinderat verkennt die technischen Schwierigkeiten der Umbenennung nicht, trotzalledem soll aber ein dementsprechendes Gesuch an die Generaldirektion gerichtet werden. Ein Gesuch der Gemeindebeamten um Gewährung von Urlaub findet seitens des Gemeinderates mit einigen Abänderungen Genehmigung. Ueber den Bau des Gruppenhauses wurde mitgeteilt, daß sich insgesamt 4 Wohnungen einrichten lassen. Der Bau selbst stellt sich nach aller Berechnung auf wenigstens 100000 Mark, dazu kämen 35000 Mk. Zuschüsse dazu, sodaß 67000 Mark die Unkosten für die Gemeinde blieben. In längerer Rede und Gegenrede wurde das für und wider des Bauens besprochen, ohne daß ein bestimmter Beschluß gefaßt wurde. Einige Anfragen über Verhältnisse zwischen dem Ortsteil Cunnersdorf fanden durch den Vorsitzenden ihre Erledigung. Hierauf geheime Sitzung.

— Die hohen Preise für Kunsthonig erregen seit langem den berechtigten Unwillen der Bevölkerung. Wie der Verband deutscher Kunsthonigfabriken in Magdeburg schreibt, unterliegt Kunsthonig noch der Zwangsbewirtschaftung. Die Preise werden vom Reichswirtschaftsministerium geprüft und festgesetzt. Der gegenwärtig hohe Preis erklärt sich hauptsächlich durch die geringe deutsche Zuckerernte des Jahres 1919. Die Kunsthonigwerke mußten unter diesen Umständen ausländischen Zucker verarbeiten, der sich bekanntermaßen sehr teuer stellt. Nur wenn die nächste deutsche Zuckerernte besser ausfällt, kann eine Ermäßigung des Kunsthonigpreises eintreten.

— Die Preisbewegung. An die sächsischen Zeitungen gelangen Aufforderungen, die Preisbewegung der notwendigen Lebensmittel durch Zeitungsnotizen zu beeinflussen. Auch wir sind der Ansicht, daß ein Preisabbau wenigstens für gewisse Waren zweifellos im Gange ist, halten es aber trotz dieser Wahrscheinlichkeit für bedenklich, in den nach volkswirtschaftlichen Gesetzen verlaufenden Preisabbau durch Pressenotizen einzugreifen, die, mögen sie noch so gut gemeint sein, immer ein mehr oder weniger künstliches Mittel sind. Wir unsererseits sehen daher von einer Veröffentlichung derartiger Notizen ab, in der Ueberzeugung, daß sich die Entwicklung der Preisbewegung in der Hauptsache nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage vollzieht und in der Erwartung, daß sowohl Käufer als Lieferanten die nötige Einsicht besitzen, um unnötige beiderseitige Schädigungen zu vermeiden.

— Wie man der Post ein Schnippchen schlägt. Ein findiger Leser schreibt der „Voß": Eine Postkarte kostet im Orts- wie im Fernverkehr seit dem 6. dss. Mts. 30 Pfg. Will man sie einschreiben lassen, so kostet sie 80 Pfg. Aber man kann's auch billiger haben! Wenn man an einen Postscheckteilnehmer eine kürzere Nachricht (eben eine Postkarte) schreiben will, gebe man eine Zahlkarte über einen oder einige Pfennige auf und nutze den Abschnitt gut aus. Ueber diese Zahlkarte erhält man sogar eine Einlieferungsbescheinigung, genau wie für eine eingeschriebene Postkarte und kostet nur 5 Pfg. Porto und 1 Pfg. „Betriebskapital". Ueber die bedeutende Arbeit, die eine Zahlkarte der Postverwaltung verursacht, wollen wir uns den Kopf nicht zerbrechen; nutzt sie die Zwangslage des Publikums aus und erhöht ihre Gebühren so stark, so wird uns verstattet sein, die „Konjunktur" des billigen Scheckverkehrs auszunutzen und statt 30 oder 80 Pfg. für eine Postkarte nur 6 Pfg. für eine Zahlkarte anzulegen. Dann schreibt man fünf- bzw. dreizehnmal billiger!

— Die Mutter bestimmt über den Religionsunterricht. Wie wir erfahren, hat der Rechtsausschuß der Volkskammer auf Antrag des demokratischen Abgeordneten Barge beschlossen, daß künftig bei Austritten von Kindern unter 14 Jahren aus der Kirche auch der Wille der Mutter mit maßgebend sein soll, nicht der des Vaters allein, wie bisher.

Kamenz. Von einem plötzlichen Tod ereilt wurde am Freitag der in den 40er Jahren stehende Betriebsleiter in den Glashüttenwerken Ludwig Mayer. Kaum hatte er früh vor Arbeitsbeginn seine Berufsstätte betreten, als er, im Gespräch mit einer Arbeiterin, von einem Herzschlag betroffen wurde und tot zusammenbrach. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Bautzen. Eine Versammlung der hiesigen Obermeister erhob lebhaften Einspruch gegen die Erhöhung der Fernsprechgebühren und die damit in Verbindung stehende Telephonanleihe. Es wurde den Teilnehmern empfohlen, für den Fall des Inkrafttretens der Erhöhung die Anschlüsse massenweise zu kündigen.

Eisenberg-Moritzburg. Auf dem letzten hiesigen Roßmarkt, der einen bisher noch niemals beobachteten starken Besuch aus ganz Deutschland zu verzeichnen hatte, wurden im Vergleich zum letzten Pferdemarkt erheblich höhere Preise gezahlt. Gute Pferde erbrachten im Durchschnitt 22000 bis 25000 Mark; es wurden aber auch Pferde — besonders gute Qualität — bis zu 60000 Mk. das Paar gehandelt und glatt bezahlt.

Rossen. Einer Schleichhändlerin aus Dresden wurden auf dem hiesigen Bahnhof 10 Stückchen Butter und über 150 Eier abgenommen. Die Hamsterware stammte aus Niederreula, da, wo es vor kurzem keine Butter gab und die Hausfrauen erst „demonstrieren" mußten.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes.

Im Konsumverein für die Person 1/8 Pfund Quark gegen Markenbezugsausweiskarte, I. Brotmarkenbezirk.

In sämtlichen Geschäften 40 gr Butter und 50 gr Margarine gegen Abschnitt „N".

Suzstoff in der Kreuzdrogerie. 1 „H"-Packung 1 Mk., 1 „G"-Packung 7,40 Mk.